

**16.439****Parlamentarische Initiative****Kuprecht Alex.****Stärkung der Kantonsautonomie
bei den regionalen Stiftungsaufsichten
über das BVG****Initiative parlementaire****Kuprecht Alex.****LPP. Renforcer l'autonomie des cantons
dans la surveillance régionale
des fondations de prévoyance***Vorprüfung – Examen préalable***CHRONOLOGIE**

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.06.18 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.19 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Kommission

Festhalten

(= Der Initiative keine Folge geben)

Antrag Gmür-Schönenberger

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Der Initiative Folge geben)

Schriftliche Begründung

Die Einflussnahme der Oberaufsichtskommission (OAK BV) über das BVG wurde in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Die Eingriffe durch Weisungen, Gleichschaltungen und Verordnungsänderungen haben zugenommen. Die Initiative verlangt, dass die regionalen und kantonalen Stiftungsaufsichten weiterhin selber über die Zusammensetzung ihrer Organe bestimmen können. Die Einsitznahme von Magistratspersonen aus den kantonalen Regierungen in die regionalen Konkordatsräte soll auch künftig möglich sein. Der parlamentarischen Initiative Kuprecht ist gemäss Ständerat Folge zu geben:

- weil die OAK BV über keine gesetzliche Grundlage verfügt, amtierenden Regierungsrätinnen und -räten zu verbieten, im Konkordatsrat Einsatz zu nehmen. Zu diesem Schluss kommt auch ein in diesem Zusammenhang erstelltes Rechtsgutachten;
- weil das bisherige System seit über zehn Jahren problemlos funktioniert und diesbezüglich kein Handlungsbedarf besteht;
- weil die Organisation eines Konkordatsrates in die alleinige Organisationshoheit der jeweiligen Kantone gehört;
- weil die OAK sich generell zunehmend mit Themen (z. B. Einführung eines IKS gemäss FK Bund, Vorschriften betreffend Finanz- und Rechnungslegung) befasst, welche einzig und allein in die Organisationshoheit der Kantone fallen;
- weil auch die in Aussicht gestellte Vorlage des Bundesrates zur Modernisierung der Aufsicht noch nicht vorliegt;
- weil mit der parlamentarischen Initiative aber die Erwartung bestärkt werden kann, dass der Föderalismus hochzuhalten ist.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2019 • Dritte Sitzung • 05.06.19 • 08h00 • 16.439
Conseil national • Session d'été 2019 • Troisième séance • 05.06.19 • 08h00 • 16.439



Proposition de la commission

Maintenir

(= Ne pas donner suite à l'initiative)

Proposition Gmür-Schönenberger

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(= Donner suite à l'initiative)

La présidente (Moret Isabelle, première vice-présidente): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.439/18849)

Für den Antrag der Kommission ... 143 Stimmen

Für den Antrag Gmür-Schönenberger ... 43 Stimmen

(0 Enthaltungen)